

Der christus-sozialistische Antisemitismus des Adolf Stoecker

Begründer der ersten deutschen Antisemitenpartei, evangelischer christ-sozialer Pfarrer, Hofprediger unter Kaiser Wilhelm und mancherorts immer noch Vorbild

Vorwort: Heinz Gess

Wer sich mit dem christlichen Antisemitismus und seiner innigen Verknüpfung mit dem Gedanken des Sozialen als (christlicher) Volksgemeinschaft im Deutschland des neunzehnten Jahrhundert beschäftigt hat, dem ist Adolf Stoecker (1835 – 1909) gewiss kein Unbekannter. Gleichwohl rechnet man es Stoecker in jenen evangelischen Kirchenkreisen, die „das Soziale“ zur Reklame für den Glauben an den einen Gott benutzen, weil sie ihn für so schwach halten, dass er ohne Reklame für ihn nicht mehr bestehen kann, bis heute hoch an, dass Stoecker sich um „das Soziale“ verdient gemacht habe. Aus diesem Geist der Reklame für den christlichen Gott und seinen Propheten Stoecker sind immer noch Einrichtungen der evangelischen Kirche und Straßennamen in verschiedenen Städten, vor allem im Westen der Republik, nach ihm benannt. Unter anderem gibt es eine Adolf-Stoecker-Straße in Bochum, ein Adolf-Stoecker-Haus in Essen und in Duisburg ein Altenheim, das nach dem antisemitischen Altvorderen benannt ist. Dabei wird verschwiegen, dass das Christlich-Soziale, für das Stoecker und seine Gefolgschaft eintraten, von dem damals aufkommenden eliminatorischen Antisemitismus nicht zu trennen ist, sondern das eine die Kehrseite des anderen war. Denn Stoecker war durch und durch Antisemit – und das nicht obwohl, sondern gerade weil er „christ-sozial“ war. Er wollte das Christentum, dem nach seiner Überzeugung der Gedanke der (christlichen) Volksgemeinschaft innewohnt - also das Christlich-Soziale - retten, indem er gegen den egoistischen Zersetzer des Sozialen, als den er „den Juden“ identifiziert hatte, und gegen seine Abkömmlinge, den schnöden Materialismus und die

Sozialdemokratie kämpfte. Der Gott, für den Stoecker eintritt, war als Gott der christlich-deutschen Volksgemeinschaft und des christlich-sozialen Volksstaats unter Führung des evangelischen Preußen, die Antithese zum liberalistischen, die Volksgemeinschaft angeblich von innen her zersetzenden Judentum. Welche negativen Folgen die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und insbesondere die vom preußischen Staat von oben herab autoritär und gewaltsam betriebene Kapitalakkumulation für die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland auch immer hatte, für Stoecker war stets klar: Nicht die autoritär vorangetriebene Transformation der Gesellschaft in jene bekannte Form, in deren Zentrum der Verwertungsprozess des Kapitals und die notwendig dazugehörige Marktwirtschaft steht, auch nicht der kapitalistische Produktionsprozess als solcher oder die in Preußen von Staats wegen mit großer Wucht vorangetriebene besondere Form der Kapitalakkumulation brachten die unerwünschten Effekte, das Elend der Lage der arbeitenden Klasse und die Verächtlichmachung der Menschen dieser Klasse hervor, sondern der ‚zersetzende Geist des Judentums‘, der sich im politischen Liberalismus der „Judenpresse“ und in der kommunistischen Bewegung äußerte, brachte all das hervor. Beide Erscheinungen müssten darum zusammen mit dem Judentum, dessen Geist sie entsprössen, als Todfeind der christlich-sozialen Volksgemeinschaft bekämpft werden. Diesem Kampf gegen den politischen Liberalismus und der damals noch kommunistischen Sozialdemokratie diene die ‚christlich-soziale Bewegung‘ Stoeckers, seine christlich-soziale Partei und alles, was Stoecker sonst noch an „Christlich-Sozialem“ ins Leben gerufen hat. Wer von dieser innigen Verbindung des Gedankens des Christlich-Sozialen mit dem christlichen Antijudaismus, der bei Stoecker bereits in christlichen Antisemitismus umgeschlagen war, abstrahiert und Stoecker wegen seiner Verdienste ums Christlich-Soziale ehrt, lügt deshalb. Seine Tränen über den Antisemitismus in Deutschland, der Auschwitz hervorbrachte, sind Krokodilstränen,

Denn noch einmal: Wer die Texte Stoeckers kennt, weiß um solche oder ähnliche Passagen bei Stoecker:

„Der moderne Mensch ist notwendig ein Gottessucher, ein Christumensch. (...) nun habe ich das Wort: Wir modernen Deutschen sind Christussozialisten. Christus ist das Genie der Liebe, als solches der diametrale Gegenpol zum Judentum, das die Inkarnation des Hasses darstellt. (...) Christus ist der erste Judengegner von Format. ‚Du sollst alle Völker fressen!‘ Dem hat er den Krieg angesagt. Deshalb musste das Juden-

tum ihn beseitigen. (...) Der Jude ist die Mensch gewordene Lüge. In Christus hat er zum ersten Mal vor der Geschichte die ewige Wahrheit ans Kreuz geschlagen. Das hat sich dutzende Male in den darauf folgenden zwanzig Jahrhunderten wiederholt und wiederholt sich heute aufs Neue. Die Idee des Opfers gewann zum ersten Male in Christus sichtbare Gestalt. Das Opfer gehört zum Wesen des Sozialismus. Sich selbst hingeben für die anderen. Dafür hat der Jude kein Verständnis. [...]

Christussozialisten: das heißt, freiwillig und gern das tun, was die Allerweltssozialisten aus Mitleid oder Staatsräson tun. (...) Der Kampf, den wir heute ausfechten, (...)ist im tiefsten Sinne ein Kampf zwischen Christus und Marx.

Christus: das Prinzip der Liebe. Marx: das Prinzip des Hasses.“ (S. 82)

Geld – Jude, das ist Sache und Person, die zusammengehören. Das Geld ist wurzellos. Es steht über den Rassen. Langsam frisst es sich ein in den gesunden Organismus der Völker und vergiftet allmählich ihre schöpferische Kraft. Wir müssen uns durch Kampf und Arbeit vom Geld befreien, in uns selbst den Wahn zertrümmern. Dann stürzt auch einmal das goldene Kalb. [...]

Liberalismus, das heißt, ich glaube an den Mammon. Sozialismus, das heißt, ich glaube an die Arbeit.“ (138 f)

„Sozialismus: das ist die Brücke von links nach rechts, über die die Opferwilligen zueinander kommen.“ (S. 133)

Das alles sind Sätze, die so auch bei Adolf Stoecker stehen könnten. Der kürzlich im Kritiknetz veröffentlichte Aufsatz von Kristan Kossack belegt das. Nur stehen die hier zitierten Sätze nicht wirklich bei Stoecker, sondern sie stehen in dem Buch „Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern“¹ des „Volksaufklärers“ und späteren Propagandaministers Joseph Goebbels. Das zu erwähnen ist wichtig, damit in Erinnerung bleibt, welche Konsequenzen aus der Denkform des Christ-Sozialen erwachsen. Denn diese Denkform hat zu bestehen bis heute nicht aufgehört, ohne dass ihre unheilvolle Geschichte je wirklich wahrhaftig erinnert und durchgearbeitet wurde.

¹ Aus Seitenangaben aus Joseph Goebbels, Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern, Zentralverlag der NSDAP, München 1929

Ausführung

von

Kristan Kossack

„Stoecker war Militärfarrer, als er 1874 von Kaiser Wilhelm I wegen seiner vaterländischen Predigten als Hofprediger nach Berlin berufen worden ist. Er begründete 1877 die Berliner Stadtmission und mischte sich bald in die Parteipolitik in der Hauptstadt ein. Dazu gründete er 1878 die Christlich-Soziale-Arbeiterpartei (CSAP), mit der er den Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft das Wasser abgraben und die Arbeiter für Christentum, Kaiser und Vaterland zurück gewinnen wollte. Diese Bemühungen scheiterten schnell. Bei den Wahlen 1878 erreichte die CSAP in Berlin nur 1421 Stimmen, die SPD dagegen 56 000 Stimmen. Stoecker zog daraus die Konsequenz, in seinen politischen Kundgebungen neben Sozialkritik die Schuldfrage für gesellschaftliche Missstände in den Vordergrund zu rücken. Als Sündenböcke galten ihm dabei neben den Sozialdemokraten zuvorderst die Juden wegen angeblicher Fremdrassigkeit und Raffgier. Die CSAP mutierte 1879 unter Stoeckers Führung zur antisemitisch ausgerichteten Christlich-Sozialen Partei (CSP).

Volkstribun der „Berliner Bewegung“

antisemitischer Demagoge erregte erstmals 1879 Aufsehen. In seiner Rede „Das moderne Judentum in Deutschland“ erklärte er: „Früher hieß es, die Emanzipation werde die Juden mehr in andere Erwerbszweige treiben. Nun sind sie emanzipiert; es ist das Gegenteil eingetreten. Noch mehr als früher cultivieren sie die Erwerbszweige, in denen leicht und viel verdient wird. ... An der Arbeit der Handwerker sind sie fast gar nicht, an der Fabrikation wenig beteiligt. Daraus folgt, dass sie an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie haben.... Sie sind überall da, wo es Not und Spekulationslust zu benutzen gilt.“¹ Indem Stoecker Juden als charakterlich arbeitsscheu, geldgierig und betrügerisch denunzierte, gelang es ihm Hass und Neid in allen benachteiligten Volksschichten zu schüren. Der Hofprediger schlüpfte fortan in der Rolle eines Volkstribuns und war zwischen 1880 bis 1890 maßgeblich an der judenfeindlichen „Berliner Bewegung“ beteiligt, nach den Worten von Reichskanzler Bismarck damals sogar der „bedeutendste Antisemit“.² Diese Bewegung hatte in Berlin begonnen, daher der Name, und verbreitete sich später im ganzen Reich. Sie setzte sich

vor allem aus benachteiligten Schichten des Mittelstands, verarmten Handwerkern, Kaufleuten, Bauern und Teilen der Intelligenz (Offiziere, Hochschulangehörige) zusammen. Hunderttausende verlangten ein Verbot weiterer jüdischer Einwanderung, den Ausschluss der Juden von allen obrigkeitlichen Ämtern und von der Volksschullehrerschaft, ihre Beschränkung im Justizdienst, im höheren Schulwesen und so weiter.

Keine Abgrenzung zum Krawallantisemitismus

Im Juni 1880 wurde Stoeckers „Volksversammlung“ in der Berliner Tonhalle nach Tumulten polizeilich geschlossen. Stoecker hatte über Parteien und Religion gesprochen. Als von Sozialdemokraten Zwischenrufe gegen die Kirche fielen, antwortete er mit der Gegenfrage: „Warum fordern sie nur von den Geistlichen soziale Hilfe? Warum nie von den Juden? Herr von Bleichröder (Jude und Bismarcks Privatbankier) hat mehr Geld, als alle evangelischen Geistlichen zusammen.“³ Der angegriffene Bleichröder beschwerte sich beim Kaiser. Wilhelm I beließ es bei einer persönlichen Abmahnung für Stoecker, sich zukünftig zu mäßigen. An die Adresse von Bleichröder erklärte der Kaiser in Anlehnung an den christlichen Antijudaismus, er könne es seinem Hofprediger nicht

untersagen, wenn er die Religion des vom Judentum verfolgten Heilands gegen das Judentum in Schutz nehme. In seiner berüchtigten Rede in der Berliner Bockbrauerei versprach der Hofprediger 1883 seinem Publikum: „Wir bieten den Juden den Kampf an bis zum völligen Siege und wollen nicht eher ruhen, als bis sie hier in Berlin von dem hohen Postament, auf das sie sich gestellt haben, heruntergestürzt sind in den Staub, wohin sie gehören.“⁴ Der Hofprediger begründete seine Judenfeindschaft traditionell christlich mit Hinweis auf eine „Messiasverfehlung der Juden“. Sie hätten den Heiland gekreuzigt und seien deswegen verflucht in aller Welt. Er glaubte im Unterschied zum biologisch-rassisch begründeten Antisemitismus, mit einzelnen Juden, trotz ihrer „rassischen Fremdheit“, durch die christliche Taufe und einer damit verbundenen „Lossagung von Israel“ in nationaler Gemeinschaft leben zu können. In seinen politischen Versammlungen schlug Stoecker jedoch vornehmlich rassistische Töne an und behauptete etwa: „Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm unter einer fremden Rasse“.⁵ Stoecker distanzierte sich 1881 auch nicht von den russischen Pogromen und arbeitete mit antichristlichen Antisemiten wie

Henrici zusammen.⁶ Beim Tivoli-Parteitag der Deutschkonservativen Partei⁷ im Dezember 1892 in Berlin sorgten Stoecker und seine Anhänger dafür, dass folgender Satz neu in das Programm aufgenommen wurde: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluss auf unser Volksleben.“ Zugleich trat Stoecker mit Erfolg dafür ein, dass ein Zusatzantrag: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“, abgelehnt wurde.⁸



„Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, Karikatur aus der Tageszeitung „Reform“ von 1881, nachgedruckt im „Tagesspiegel“ vom 28. Mai 2002

Vom Kaiser zum Rücktritt als Hofprediger genötigt

Bei Wilhelm II war Stoecker 1890 in Ungnade gefallen. Während Wilhelm I sich noch mit Ermahnungen und Verweisen begnügt hatte, setzte Wilhelm II Stoeckers Rücktritt

vom Hofpredigeramt durch. Auch der 1888 auf den Thron gelangte Wilhelm II war kein Judenfreund. Er wollte sich jedoch, um der eigenen Popularität willen, nicht länger mit der Hypothek von Stoeckers Skandalauftreten im In- und Ausland belasten und ihnen den Anschein kaiserlicher Rückendeckung entziehen. Letzter Anstoß waren Reden, die Stoecker im Oktober 1890 in Baden gehalten hatte. Der politisch liberal eingestellte Großherzog von Baden hatte beim Kaiser ihre antisemitische Stoßrichtung moniert. Stoecker musste im November 1890 seinen Hofpredigerstuhl freimachen.

Anhaltender ideologischer Einfluss

Mit Stoeckers Sturz als Hofprediger war sein tagespolitischer Einfluss nachhaltig geschwächt. Ganz anders verhielt es sich mit dem zeitgeschichtlichen Fortwirken seiner antisemitischen Ideen. Auch nach seinem Scheitern in Berlin setzte Stoecker seine judenfeindlichen „Volksversammlungen“ fort. Sie fanden im ganzen Reich regen Zulauf. Er behielt seine Reichstags- und Landtagsmandate für das Siegerland und Minden-Ravensberg und besaß auch an deutschen Universitäten (er war Ehrenvorsitzender des antisemitischen Kyffhäuser-Studentenverbandes) weiter großen Einfluss. In der evangelischen Kirche galt Stoecker nachfolgenden Pfarrergenerationen als Vorbild. Die ersten Nachkriegs EKD-Vorsitzenden, Theophil Wurm und Otto Dibelius, blieben zeitlebens Stoecker-Anhänger. Wurm schrieb 1938: „Ich habe von Jugend auf das Urteil von Männern wie Heinrich von Treitschke und Adolf Stoecker über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet für zutreffend gehalten.“⁹

„Prophet des Dritten Reiches“

Stoeckers zeitgeschichtliches Fortwirken hatte in den Jahren der NS-Diktatur vor allem in der Bekennenden Kirche Konjunktur. Im „Mindener Sonntagsblatt“ (MS), einer kirchlichen Wochenzeitung, die der BK nahe stand, konnte man im Dezember 1935 aus Anlass von Stoeckers hundertstem Geburtstag kurz nach der Einführung der Nürnberger Rassengesetze lesen: „Stoecker war einer der ersten gewesen, der die vergiftete Macht moderner jüdischer Gedankengänge in unserem deutschen Vaterlande erkannte, zumindest war er derjenige, der die deutsche Öffentlichkeit zum ersten Mal entscheidend aufmerksam machte auf das, was das Judentum am deutschen Volk sündigte. Er war es, der hinwies auf die verhältnismäßig große Prozentzahl jüdischer

Intellektueller in juristischen Kreisen, in Kreisen der Ärzte, an den höheren Schulen Deutschlands, vor allen Dingen auch in der Presse. Er war es, der darauf aufmerksam machte, dass der jüdische Geist innerhalb Deutschlands ein Fremdgeist sei und dieser Fremdgeist die Seele unseres Volkes zu verderben drohe.“¹⁰ Zwei Ausgaben davor hieß es im MS in einer weiteren Stoecker-Laudatio: „Den Kampf gegen den Einfluss des jüdischen Geistes hat heute die Staatsführung sich selber zu eigen gemacht ... So ragt Adolf Stoecker als ein Prophet des Dritten Reiches in die Gegenwart hinein.“ Der bekannte Bielefelder Bekenntnispfarrer Karl Pawlowski setzte sich 1937 mit Erfolg dafür ein, in Bielefeld eine Straße nach Stoecker zu benennen. Seine Begründung lautete: „In Adolf Stoeckers scharfen Kampf gegen das Judentum hat er in der Tat schon vor 50 Jahren Grundsätze entwickelt, die erst heute nach dem Umbruch von 1933 verwirklicht werden konnten.“¹¹

„Gutes getan aber auch schuldig geworden

Die offen judenfeindlichen Forderungen aus der Berliner Bewegung werden heute in der evangelischen Kirche nicht länger erhoben. Der Umstand, dass für Stoecker die soziale Frage hauptsächlich ein Anlass war, Juden kollektiv als Sündenböcke der Nation hinzustellen, wird dagegen in kirchlichen Kreisen immer noch gern übersehen bzw. sogar abgestritten. In Ostwestfalen steckt die Auseinandersetzung um Stoeckers Bedeutung mancherorts immer noch in den Kinderschuhen. Das wurde deutlich, als anno 1987 vom Bielefelder Stadtparlament mit SPD- und Grünen Stimmen die dortige Adolf-Stoecker-Straße in Dr. Bernhard Moosberg-Straße (Auschwitz-Opfer) umbenannt wurde. *Das Presbyterium der Nikoleigemeinde sah damals durch die Namensänderung vermeintliche Verdienste von Stoecker in Frage gestellt. In einem Protestschreiben hieß es: „Sein Lebenswerk umfasse weit mehr als antisemitische Äußerungen.“¹² Ähnliches war im Kirchenkreis Minden vernehmbar, als im Januar 2001 die Namensgebung für das Adolf-Stoecker-Gemeindehaus in Hille/Eickhorst – sie war 1964 (!) mit Zustimmung des Landeskirchenamtes in Bielefeld erfolgt – in die Kritik geriet. Die Umbenennung in „Evangelisches-Gemeindehaus-Eickhorst“ erfolgte im August 2007. Bis dahin hieß es auf einer im Februar 2003 zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit am Gemeindehaus angebrachten Erinnerungstafel: Stoecker habe „die geistlichen und sozialen Nöte seiner Zeit erkannt und bekämpft“. Gleichzeitig sei „mit*

dem Namen Adolf Stoecker jedoch Antisemitismus verbunden, dem es auch heute entschieden entgegen zu treten gilt.“¹³

Die dichotomische Stoecker Würdigung „Gutes getan aber auch schuldig geworden“ erinnert an Ausführungen, die Professor Bernd Hey, der vormalige Leiter des Landeskirchlichen Archivs in Bielefeld, in seiner 1974 erschienenen Dissertation „Die Kirchenprovinz Westfalen 1933 – 1945“ gemacht hat. Hey konstatiert darin für die NS-Zeit besonders in Westfalen und im Siegerland ein „Fortleben des christlich-sozialen Gedankenguts“ und kommentierte dies mit den Worten: „So verwundert es nicht, wenn führende Männer der westfälischen Bekenntniskirche sich im Kirchenkampf immer wieder auf den auch von den Nationalsozialisten geschätzten Stoecker beriefen.“¹⁴ Hey verzichtete darauf, Stoeckers soziales Engagement, das seit seiner „Berliner Rede“ in der Regel mit demagogischen Angriffen auf das Judentum verknüpft war, kritisch zu hinterfragen. Die von Hey außer Betracht gelassene antisemitische Stoßrichtung von Stoeckers sozialer Agitation wird auf dem nebenstehend abgebildeten „Antisemitenkrug“ anschaulich in folgender Parole zusammengefasst: „Das Handwerk darbt bei kargem Lohn, den Segen raffet sich der Cohn.“



Der Antisemitenkrug 1

Das obere Portrait am Henkel stellt Adolph Stöcker dar

Bildnachweis: [Preußen-Museum NRW Minden](#)

**Das Handwerk darbt bei kargem Lohn,
den Segen raffet sich der Cohn**

**Kauft nicht bei Juden
Dieser Pflug wär nicht so schwer,
wenn Aron, Jonas, Hirsch nicht wär**

**Der Michel liegt im Schlaf versunken,
von Judenzeitungsfusel trunken,
sie plündern ihm die Taschen aus,
sie pressen ihm den Schweiß heraus.**

Hey benennt in seiner Dissertation anschließend zwar auch „latenten Antisemitismus in der Pfarrerschaft“, um die kirchliche Bezugnahme auf Stoecker zu erklären. Statt jedoch die Haltung der Bekennenden Kirche zur Judenverfolgung konkret zu untersuchen, zum Beispiel in der überlieferten Kirchenpresse, begnügt er sich mit einer Anleihe bei der „Betheler Schulderklärung“ von 1946, wo es im Rückblick auf die NS-Jahre beschönigend heißt: „Wir haben dann gegen die Ausrottung der Juden und anderer Verfemter nicht laut genug unsere Stimme erhoben“.¹⁵ Die Bewertung, dass die Stimme „nicht laut genug“ erhoben wurde, verschweigt die aktive kirchliche Beteiligung an der Judenausgrenzung bis 1938 und beschönigt das Wegsehen gegenüber den Vorkommnissen in der Reichspogromnacht, bei der Arisierung und bei den Deportationen. Eine Begründung, warum die Stimme der Kirche nicht zu hören war, gibt Hey nicht. Der Leser erfährt nur, dass damals „ängstlich einer ernsthaften Konfrontation mit den Problemen der Judenverfolgung ausgewichen wurde“.¹⁶ Wo es vor allem auf eine Reflexion der politischen Schnittmengen zwischen den Zielen der Kirche mit der Ideologie der Nazis angekommen wäre, begnügt sich Hey mit Hinweisen auf mangelnde Zivilcourage. Damit bereitet er den Boden für das altbekannte apologetische Frage und Antwortspiel: „Wie hättest Du Dich damals verhalten?“ - „Der werfe den ersten Stein, der sich frei von Schuld wähnt.“

Öffentliche Diskussion brachte Bewegung

Arno Herzig meinte 1973 in „Judentum und Emanzipation in Westfalen“: „Aber es ist nicht nur Opportunismus, der die Kirche zu ihrer Zurückhaltung veranlasste. Letztlich rächte sich ihre Jahrhunderte lange Haltung gegenüber dem Judentum. ... Auch die evangelische Kirche in Westfalen hatte sich bis 1933 nicht mit den Aktionen der Stoeckerbewegung und der ‚politischen Pastöre‘ in Minden Ravensberg und in anderen Distrikten Westfalens auseinandergesetzt.“¹⁷ *Weggesehen wurde und wird in der Landeskirche zum Teil noch bis heute.*¹⁸ *Mal, indem die positive Haltung der Bekennenden Kirche gegenüber Stoecker als taktischer Schachzug gegenüber den Nazis entschuldigt wird. Stoecker, „von den Nationalsozialisten geschätzt, (musste) der kirchlichen Opposition häufig zum Anwalt dienen“, liest man dazu bei Hey*¹⁹. *Andere Kirchenvertreter sehen in Stoecker unverändert einen Anwalt gegen soziale Missstände in der Gesellschaft, wobei*

sein Antisemitismus als Zeitbedingte Verfehlung klein geredet wird. Etwa mit der Behauptung: Stoecker habe sicher nachfolgende Pfarrergenerationen beeinflusst, aber vor allem mit seiner Kritik an den sozialen Verhältnissen.

Die über 61/2 Jahre andauernde öffentliche Diskussion über Stoecker hat in Minden für Bewegung gesorgt. Während die vormalige Superintendentin noch 2004 Stoecker pauschal soziales Engagement bescheinigte, hieß es von Seiten der Kreissynode im Herbst 2006 in einer mehrheitlich angenommenen Beschlussvorlage zur Würdigung von Stoecker: „Sein Werk ist untrennbar mit dem modernen Antisemitismus verbunden und kann in der Öffentlichkeit nicht in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Seiten aufgeteilt werden“. Anno 2007 machte schließlich auch das öffentlich und innerkirchlich unter Druck geratene für die Namensgebung zuständige Presbyterium den Weg zur Umbenennung frei.

Anmerkungen

1. Das moderne Judentum in Deutschland, besonders in Berlin, Berlin 1880, 4.Auflage, Seite 18
2. Heinrich von Poschinger, Also sprach Bismarck, zitiert nach: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christliche Bewegung, Hamburg 1935, Seite 240
3. Adolf Stoecker, Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker, Berlin 1895, in: Reden und Aufsätze von Adolf Stoecker, Hrg. Reinhold Seeberg, Leipzig 1913, Seite 99
4. Stoecker, zitiert nach Frank, Seite 84
5. Wie Anm. 1, Seite S.17
6. Martin Greschat, Protestantischer Antisemitismus in Wilhelminischer Zeit, in: Antisemitismus Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Hrg. Günter Brakelmann und Martin Rosowski, Göttingen 1989, Seite 33
7. Die Mitglieder der CSP kandidierten bei Wahlen auf den Listen der Deutschkonservativen
8. „Kreuzzeitung“ vom 8. und 9. Dezember 1892
9. Greschat, wie Anm. 6, Seite 39
10. „Mindener Sonntagsblatt“, 50/1935
11. „Neue Westfälische“, 111/1987
12. Ebd.
13. „Mindener Tageblatt“, vom 5. Febr. 2003
14. Bernd Hey, Die Kirchenprovinz Westfalen 1933 – 1945, Bielefeld 1974, Seite 24
15. Ebd., Seite 346
16. Ebd., Seite 348
17. Arno Herzig, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Münster 1973, Seite 144
18. Kirchenvertreter haben beim Wegsehen heute keine Monopolstellung. In der von Wolfhart Beck 2002 veröffentlichten Dissertation „Westfälische Protestanten auf dem Weg in die Moderne Die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Lübbecke zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik“, sucht man im Kapitel über die NS-Zeit

vergeblich nach Begriffen wie Jude oder Antisemitismus, obwohl im Kirchenkreis Lübecke auch die Synagogen brannten und Nichtarier verfolgt wurden. Dem Mindener Geschichtsverein war Becks Arbeit ohne Juden ein „Geschichtspreis“ wert.
19. Hey, wie Anm. 15, Seite 222